

Niederschrift über die 36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.09.2018, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

| | | Bemerkung |
|------------------------------------|---|--------------------------------------|
| Vorsitz | | |
| Herr Bürgermeister Heinz Öhmann | Bürgermeister | |
| stimmberechtigte Mitglieder | | |
| Frau Charlotte Ahrendt-Prinz | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Frau Elisabeth Borgert | FDP | |
| Herr Thomas Bücking | CDU | |
| Herr Rudolf Entrup | CDU | Vertretung für Herrn Richard Bolwerk |
| Herr Norbert Hagemann | CDU | |
| Herr Günter Hallay | Pro Coesfeld | |
| Herr Uwe Hesse | Pro Coesfeld | abwesend ab TOP 2 nö. S.; 20:40 Uhr |
| Herr Thomas Michels | CDU | |
| Herr Ralf Nielsen | SPD | |
| Herr Horst Schürhoff | SPD | |
| Herr Peter Sokol | AfC/FAMILIE | abwesend ab TOP 8 ö.S.; 19:30 Uhr |
| Herr Gerrit Tranel | CDU | |
| Gäste | | |
| Herr Matthias Hörn | Junior Consultant dwif-Consulting GmbH | zu Top 2 ö.S. |
| Herr Ingo Teichmann | Regionalmanager Deutsche Glasfaser Netzentwicklung GmbH | zu TOP 2 nö.S. |
| Verwaltung | | |
| Herr Thomas Backes | I. Beigeordneter | |
| Herr Klaus Volmer | FBL 20 | |
| Herr Dr. Thomas Robers | Beigeordneter | |
| Herr Guido Brebaum | FBL 32 | |
| Herr Theo Witte | FBL 50 | |
| Herr Jürgen Höning | FB 10 | |

Schriftführung: Herr Jürgen Höning

Herr Bürgermeister Heinz Öhmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 21:00 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 Baumberge Touristik „Masterplan 2017 - 2026“
Vorlage: 183/2018
- 3 Beschwerde gem. § 24 GO NRW bzgl. der Sanierung der Hinterstraße
Vorlage: 165/2018
- 4 Anregung gemäß § 24 GO NRW auf Reaktivierung der Bahnstrecke Gescher - Coesfeld unter Beteiligung der Stadt und des Rates der Stadt Coesfeld
Vorlage: 181/2018
- 5 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Einführung von Online-Übertragungen der öffentlichen Ratssitzungen
Vorlage: 185/2018
- 6 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen auf dem Gebiet der Stadt Coesfeld
Vorlage: 200/2018
- 7 Durchführung eines Gewerbetages 2019
Vorlage: 164/2018
- 8 Budgetbericht per 30.06.2018
Vorlage: 184/2018
- 9 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 Abschluss eines Kooperationsvertrages mit der Deutschen Glasfaser
Vorlage: 180/2018
- 3 Verkauf eines Grundstücks
Vorlage: 171/2018
- 4 Verkauf von Grundstücken
Vorlage: 178/2018
- 5 Ankauf einer Immobilie und Verkauf einer Immobilie
Vorlage: 135/2018
- 6 Bestellung eines Erbbaurechts
Vorlage: 169/2018
- 7 Anfragen

Zu Beginn der Sitzung erhalten die Ausschussmitglieder zum Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung, „Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen auf dem Gebiet der Stadt Coesfeld“, Vorlage 200/2018, eine Stellungnahme der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, ver.di, vom heutigen Tage als Tischvorlage überreicht.

Herr Bürgermeister Öhmann teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung, „Beschwerde gem. § 24 GO NRW bzgl. der Sanierung der Hinterstraße“, von der Tagesordnung abgesetzt werden könne. Die Antragsteller hätten die Beschwerde mit Schreiben vom 05. September zurückgezogen, weil sie sich in der Bürgerversammlung ausreichend informiert gesehen hätten.

Über die Absetzung des Tagesordnungspunktes besteht Einvernehmen.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

| | |
|-------|---------------------------------|
| TOP 1 | Mitteilungen des Bürgermeisters |
|-------|---------------------------------|

Herr Volmer informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die Finanzverwaltung das Betreiben kommunaler Parkplätze bislang als hoheitliche, nichtunternehmerische und somit nicht der Besteuerung unterliegenden Tätigkeit der Gemeinden beurteilt habe. Diese Beurteilung habe sich geändert, mit der Konsequenz, dass die mit Parkscheinautomaten bewirtschafteten Parkplätze einen Betrieb gewerblicher Art darstellen und somit der Steuerpflicht unterlägen. Die Finanzverwaltung habe eine Prüfung der Jahre 2012 bis 2015 durchgeführt, für die nun die Steuerbescheide vorlägen. Für die Jahre bis 2017 seien Steuern inkl. Zinsen in Höhe von 430.000 € nachzuzahlen, für die zu einem großen Teil bereits im Jahresabschluss 2017 Rückstellungen gebildet worden seien. Die Rechtmäßigkeit der Besteuerung sei allerdings umstritten. So klage die Stadt Warendorf gegen die Erhebung der Steuern. Seitens der Stadt werde zurzeit geprüft, ob man ebenfalls Klage erheben werde.

Herr Bürgermeister Öhmann ergänzt allgemein, dass er die neue Regelung der Besteuerung der öffentlichen Hand als eine bürokratische Vorgehensweise halte, die neben der Steuerpflicht weitere Kosten verursache. Für die Bearbeitung sei zusätzliches Personal eingestellt worden.

| | |
|-------|---|
| TOP 2 | Baumberge Touristik „Masterplan 2017 - 2026“ Vorlage: 183/2018 |
|-------|---|

Die Hauptausschussmitglieder nehmen den Bericht von Herrn Hörr zur Baumberge Touristik „Masterplan 2017 – 2026“ zur Kenntnis. Die Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Öhmann hebt das Erfordernis der Neuausrichtung und –organisation der Baumberge-Touristik hervor. Dies könnte ggf. Thema in den Haushaltsberatungen sein.

Herr Hagemann erkundigt sich danach, ob alle beteiligten Gemeinden an einer Kooperation interessiert seien.

Herr Hörr antwortet, dass die Gemeinden in der Lenkungsgruppe vertreten seien und der Wille zur Zusammenarbeit grundsätzlich vorhanden sei.

Herr Bürgermeister Öhmann stimmt dem zu, aber Details müssten noch abgestimmt werden, damit eine professionelle Zusammenarbeit erzielt werde.

| | |
|-------|---|
| TOP 3 | Beschwerde gem. § 24 GO NRW bzgl. der Sanierung der Hinterstraße Vorlage: 165/2018 |
|-------|---|

Der Tagesordnungspunkt wird zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

| | |
|-------|---|
| TOP 4 | Anregung gemäß § 24 GO NRW auf Reaktivierung der Bahnstrecke Gescher - Coesfeld unter Beteiligung der Stadt und des Rates der Stadt Coesfeld Vorlage: 181/2018 |
|-------|---|

Beschluss:

Es wird beschlossen, der Anregung nach § 24 GO NRW zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu folgen. Nach Fertigstellung der derzeit in der Bearbeitung befindlichen Potentialanalyse ist auf deren Grundlage über die Aktivitäten der Stadt Coesfeld in Bezug auf die angesprochene Bahnverbindung erneut zu beraten und zu entscheiden.

| Abstimmungsergebnis | Ja | Nein | Enthaltungen |
|---------------------|----|------|--------------|
| | 13 | 0 | 0 |

| | |
|-------|--|
| TOP 5 | Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Einführung von Online-Übertragungen der öffentlichen Ratssitzungen Vorlage: 185/2018 |
|-------|--|

Die Ausschussmitglieder nehmen den in der Sitzungsvorlage 185/2018 dargestellten Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Hallay würde eine Online-Übertragung der Ratssitzungen unter Berücksichtigung des Datenschutzes begrüßen. Er kritisiert die Verwaltung, in der Sitzungsvorlage nur negative Beispiele anderer Städte aufgezeigt zu haben. Mit einer Übertragung der Sitzungen könnten die Bürgerinnen und Bürger informiert werden, die nicht die Möglichkeit haben, Ratssitzungen vor Ort zu verfolgen. Die Aussagen der Gremienmitglieder könnten zudem in der Sitzungsniederschrift dokumentiert werden.

Frau Ahrendt-Prinz vertritt die Auffassung, dass sich der Aufwand angesichts der geringen Klickzahlen wie beispielsweise in Köln nicht lohne.

Herr Hagemann unterstützt den Weg zu mehr Transparenz in der Ratsarbeit. Die Einführung von Online-Übertragungen sehe er angesichts des Kosten-Nutzen-Verhältnis aber skeptisch.

Herr Nielsen teilt mit, seine Fraktion sehe die Diskussion „leidenschaftslos“. Das Übertragen der Ratssitzungen würde die Zusammenarbeit von Ausschüssen und Rat nicht ausschließ-

lich positiv beeinflussen. Er befürchtet, dass Diskussionen in den Ausschüssen im Rat wiederholt würden, um den Zuschauern die Sachlage zu erläutern. Das würde letztlich zu längeren Ratssitzungen führen.

Die FDP-Fraktion begrüße eine Online-Übertragung hebt Frau Borgert hervor. Viele Bürgerinnen und Bürgern hätten nicht die Zeit, die Sitzungen im Ratssaal zu verfolgen. Diese könnten sich die Aufzeichnung dann am Wochenende ansehen.

Herr Tranel sieht den Grund der leeren Empore darin, dass Bürgerinnen und Bürger nur dann die Sitzungen verfolgten, wenn Themen beraten würden, die sie persönlich interessierten. Den Schriftführer ermahnt er, die Niederschriften auch ohne Aufzeichnungen korrekt zu verfassen. Des Weiteren sehe er es kritisch, den Aufwand zu betreiben um künstliche Transparenz hervorzurufen. Zudem befürchte er, dass es nicht lange dauern werde, bis die ersten Fake-Videos in den sozialen Netzwerken zu sehen seien.

| | |
|-------|--|
| TOP 6 | Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen auf dem Gebiet der Stadt Coesfeld Vorlage: 200/2018 |
|-------|--|

Herr Bürgermeister Öhmann kritisiert das heutige Schreiben der Gewerkschaft ver.di. Die Argumentation sei nicht nachvollziehbar. Es sei Aufgabe der Gewerkschaft eine rechtliche Bewertung der ordnungsbehördlichen Verordnung aus ihrer Sicht vorzunehmen. Stattdessen würde in besonderer Weise politische Agitation betrieben. Herr Öhmann betont, dass auch im Interesse der Arbeitnehmer keine Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage beabsichtigt sei, sondern lediglich eine Fortführung der bestehenden Traditionsveranstaltungen. Die vier verkaufsoffenen Sonntage würden dazu beitragen, die Lebendigkeit Coesfelds zu erhalten. Falls die ordnungsbehördliche Verordnung mit den vier verkaufsoffenen Sonntagen beschlossen werde, drohe die Gewerkschaft mit rechtlichen Schritten. Deshalb solle vor einer heutigen Beschlussempfehlung für den Rat das Gespräch mit ver.di gesucht werden.

Herr Dr. Robers verweist auf die bisherige Sichtweise der Gewerkschaft. So habe sie die Rechtmäßigkeit der Ladenöffnungen im Innstadtbereich für die vier Sonntage im Jahr bislang nie in Frage gestellt. Strittig sei ausschließlich die Einbeziehung der sogenannten Außenbereiche an der Dülmener Straße und Dreischkamp gewesen. Vor dem Hintergrund verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen, die die Auffassung der Gewerkschaft teilten, sehe die jetzige Verordnung nur Ladenöffnungen im zentralen Innenstadtbereich vor. Insofern regule die Verordnung nur das, was bislang unstrittig gewesen sei. Sie sollte der Rechtssicherheit dienen.

Herr Nielsen bemängelt die fehlende Sachorientierung und weist auf Begriffe wie Kampf und Verteidigung im Schreiben der Dienstleistungsgewerkschaft hin. Der Behauptung, die Ladenöffnungen an den Sonntagen würden keine Umsatzsteigerungen erzielen, entgegnet er. Kein Kaufmann würde sich an verkaufsoffenen Sonntagen beteiligen, wenn er nicht mit einem höheren Absatz rechne.

Herr Hallay berichtet, in Frankreich wären die Geschäfte jeden Sonntag geöffnet.

Herr Tranel ergänzt, Amazon habe auch rund um die Uhr geöffnet.

Frau Borgert fordert die Gewerkschaft auf, sich den Zeiten der Digitalisierung anzupassen.

| | |
|-------|---|
| TOP 7 | Durchführung eines Gewerbetages 2019 Vorlage: 164/2018 |
|-------|---|

Frau Ahrendt-Prinz hält den finanziellen Anteil der Stadt Coesfeld für die Durchführung des Gewerbetages im kommenden Jahr für zu hoch. Sie sehe in der Veranstaltung keinen Nutzen für die Stadt. Der Betrag stehe in keinem angemessenen Verhältnis zu den Beträgen, die die Stadt Vereinen gewähre.

Herr Hallay widerspricht. Es sei eine sinnvolle Investition, um für die Stadt und die ortsansässigen Betriebe und Unternehmen zu Werbung zu betreiben.

Dem stimmt Herr Bücking zu. Angesichts des nur alle drei Jahre stattfindenden Gewerbetages sei der Anteil der Stadt in der Höhe berechtigt. Die Präsentation der Betriebe sei werbewirksam weit über die Stadtgrenzen hinaus. Die seit Jahren äußerst geringe Arbeitslosenquote spreche für sich.

Herr Tranel weist auf die zu erwartenden Besucherzahlen hin. Bei 10.000 bis 15.000 Besucherinnen und Besucher relativiere sich der finanzielle Aufwand.

Sowohl Herr Nielsen für die SPD-Fraktion als auch Frau Borgert für die FDP-Fraktion unterstützen die Durchführung des Gewerbetages.

Herr Bürgermeister Öhmann bemerkt, die Gründe von Frau Ahrendt-Prinz nachvollziehen zu können. In dem Zusammenhang weist er darauf hin, dass das nahezu die einzige Wirtschaftsförderung – abgesehen von Personalkosten – sei, bei der die Stadt Geld in die Hand nehme. Zwei Drittel der Kosten steuerten die Unternehmen bei.

Herr Schürhoff erkundigt sich nach einer Beteiligung des IPNW.

Herr Brebaum antwortet, dass die Idee im Arbeitskreis Wirtschaft entstanden sei, die Veranstaltung im IPNW durchzuführen und damit dessen Erfolgsgeschichte einem breiten Publikum zu präsentieren. Fast alle Flächen seien vermarktet. Im IPNW werde der Gewerbetag an einem zentralen Ort bei Fa. Krampe durchgeführt. Vorab sei die Machbarkeit geprüft worden und im Vergleich mit anderen Kommunen sei der finanzielle Einsatz moderat.

Beschluss:

1. Die Stadt Coesfeld richtet gemeinsam mit dem Stadtmarketingverein Coesfeld & Partner im Jahr 2019 einen Gewerbe- und Industrietag aus.
2. Die haushaltmäßige Abwicklung des Gewerbetages 2019 erfolgt über den städtischen Haushalt auf der Basis der Planung:
 - Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen und Sponsoring 80.000 €
 - Ausgaben für die Ausrichtung des Gewerbetages 120.000 €

Da die Abwicklung des Gewerbetages als „Betrieb gewerblicher Art“ gilt, sind zusätzlich ggf. Steuerberatungskosten zu berücksichtigen (im Haushalt 2018 mit 1.000 € geschätzt).

| Abstimmungsergebnis | Ja | Nein | Enthaltungen |
|---------------------|----|------|--------------|
| | 12 | 1 | 0 |

| | |
|-------|---|
| TOP 8 | Budgetbericht per 30.06.2018 Vorlage: 184/2018 |
|-------|---|

Die Ausschussmitglieder nehmen den Budgetbericht per 30. Juni 2018 des Kämmerers zur Kenntnis.

Frau Borgert fragt nach, ob die Stadt vom Land zur Verfügung gestellte Infrastrukturhilfe in Anspruch nehme. Die Stadt Bamberg erhalte hieraus ca. 1.600 € je gebauten Straßenkilometer.

Herr Bürgermeister Öhmann antwortet, dass es in Nordrhein-Westfalen keine derartige Förderung gebe. Er versichert aber, dass die Stadt alle evtl. Förderungen so weit wie möglich in Anspruch nehme.

So würden die nordrhein-westfälischen Kommunen erstmals in 2019 eine Aufwands- und Unterhaltungspauschale in Höhe von 120 Mio. Euro erhalten. Sie werde finanzkraftunabhängig an alle Städte und Gemeinden verteilt und sei nicht umlagewirksam ist. Die Verteilung solle hälftig nach Einwohnern und nach Fläche erfolgen. Auf die Stadt Coesfeld werde voraussichtlich ein Anteil von rund 370.000 € entfallen.

| | |
|-------|----------|
| TOP 9 | Anfragen |
|-------|----------|

Herr Tranel erkundigt sich nach den Erfolgsaussichten einer evtl. Klage gegen die Besteuerung der von der Stadt bewirtschafteten Parkplätze.

Herr Volmer antwortet, dass eine Prognose nicht möglich sei. Sollte Warendorf allerdings vor Gericht erfolgreich sein und Coesfeld hätte sich nicht angeschlossen, würde der Stadt ein erheblicher Schaden entstehen. Im anderen Fall, Coesfeld beteiligt sich und die Klage bleibt erfolglos, wären die anteiligen Kosten für die Klage verloren.

gez. Heinz Öhmann
Bürgermeister

gez. Jürgen Höning
Schriftführer